

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

16.

Punkt 14 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Ute Müllerschön und Yvette Melchien (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 25. August 2010:

Sozialpädagogisches Gymnasium

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14, Vorlage Nr. 522, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Müllerschön (SPD): Laut baden-württembergischem Schulgesetz hat jeder junge Mensch das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung und Erziehung. Angesichts des bereits heute herrschenden Fachkräfte- und Akademikermangels muss der Staat ein elementares Interesse daran haben, junge Menschen optimal zu fördern. Dies beinhaltet ganz klar das Sicherstellen von Anschlussmöglichkeiten nach einem Schulabschluss. Zu Recht genießen die beruflichen Gymnasien den Ruf als vorbildliche Einrichtungen, an denen Schülerinnen und Schüler aufbauend auf einen mittleren Bildungsabschluss die Hochschulreife erlangen können.

Allerdings ist es seit Jahren ein Manko, dass die Zahl der Plätze an öffentlichen beruflichen Gymnasien nicht mehr ausreichen, weil die Zahl der Einstiegsklassen begrenzt ist. Dies kommt faktisch einem Numerus clausus für berufliche Gymnasien gleich. Diese Mangelversorgung gefährdet die Ausbildung junger Menschen und deren berufliche Zukunftschancen. Aber es geht schließlich auch darum, unserer Wirtschaft gute und umfassend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Genau an dieser Stelle klemmt es.

Schon heute fehlen Arbeitskräfte, insbesondere im sozialpädagogischen Bereich. Gerade auch wir hier im Gemeinderat stellen doch immer wieder fest, wie wichtig gerade das sozialpädagogische Aufgabengebiet ist. Dieses Aufgabengebiet erstreckt sich vom Kinder- und Jugendbereich über die erwachsene Welt bis hin zu einer immer älter werdenden Gesellschaft. Der Bedarf an qualifizierten Sozialpädagogen wird nicht sinken. Ganz im Gegenteil: Das sozialpädagogische Aufgabengebiet ist zukunftsfähig.

Insofern macht es Sinn, jungen Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss durch die Einrichtung eines sozialpädagogischen Gymnasiums berufsorientierte Fachkenntnisse zu vermitteln. Jede Absolventin und jeder Absolvent mit Realschulabschluss oder einem gleichwertigen mittleren Bildungsabschluss muss, wenn die geforderten Voraussetzungen erfüllt werden, in einer Stadt wie Karlsruhe die Möglichkeit haben, ein berufliches Gymnasium zu besuchen. Die Einrichtung eines sozialpädagogischen Gymnasiums würde den Interessen von vielen Jugendlichen entgegen kommen und wäre eine Bereicherung der Karlsruher Schullandschaft. In Karlsruhe fehlt ein sozialpädagogisches Gymnasium. Insofern sollte unsere Stadt alles unternehmen, um ausreichend Ausbildungskapazitäten in diesem Bereich zu schaffen, wenn die Bedarfe ermittelt und abgestimmt sind. Es kann und darf nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler das ernährungswissenschaftliche Gymnasium oder ein anderes berufliches Gymnasium besuchen, obgleich sie ein sozialpädagogisches Studium absolvieren möchten.

Meine Fraktion hofft auf klärende Gespräche mit dem Regierungspräsidium und den Schulträgern im Bereich Mittlerer Oberrhein und eine positive zeitnahe Ergebnisvorstellung im Schulbeirat und Behandlung der Thematik im Gemeinderat, so dass die Einrichtung eines sozialpädagogischen Gymnasiums zum Schuljahr 2011/2012 möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich glaube, ich kann mich sehr kurz fassen. Frau Stadträtin Müllerschön hat sehr ausführlich die Vorzüge aufgezeigt und auch geschildert,

welche Vorteile ein sozialpädagogisches Gymnasium hat. Dass eine Stadt natürlich gut aufgestellt ist, je breiter das Angebot an Bildung und Betreuung ist, ist uns auch bekannt. Von daher begrüßen wir auch grundsätzlich die Idee eines sozialpädagogischen Gymnasiums für Karlsruhe. Die Verwaltung hat in der Vorlage alles aufgezeigt, was jetzt im Vorfeld noch zu prüfen ist: die Genehmigung durch das Staatliche Schulamt, die Situation in der Region, wie alles verankert ist, die tatsächliche Schülerzahlen, Bedarf und die vorhandenen Ressourcen.

Ich denke, dass wir das alles auch im Schulbeirat entsprechend behandeln werden. Ich glaube allerdings auch, dass der Antrag zuerst im Schulbeirat besser aufgehoben gewesen wäre. Dann hätten wir uns erst einmal darüber unterhalten und vielleicht hier das Ganze dann weiterbehandelt. Wir freuen uns auf die Behandlung im Schulbeirat und werden dann weitersehen.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin van Hoffs (GRÜNE): Die beruflichen Gymnasien sind tatsächlich ein wichtiger Baustein, vor allem auch im Sinne des von der Landesregierung so gern propagierten Mottos "Kein Abschluss ohne Anschluss". Ich brauche hier nicht weiter zu erläutern, wie wir und viele andere Bildungsengagierte insgesamt zur Bildungslandschaft und ihrer Zersplitterung stehen. Wir sehen dort dringenden Änderungsbedarf.

Aber innerhalb der jetzigen Struktur begrüßen wir auch ausdrücklich die Idee, das derzeitige Angebot zu erweitern und ein sozialpädagogisches Gymnasium zu schaffen. Zum einen - wir haben es schon gehört - platzen unsere beruflichen Gymnasien schon jetzt aus allen Nähten. Landesweit ist es so. Letztes Jahr wurde 1/3 der Bewerberinnen und Bewerber abgelehnt, obwohl sie tatsächlich die Voraussetzungen gehabt hätten, rein nach den Noten, und sogar diese Voraussetzungen weit übererfüllt haben. Es gibt einfach nicht genügend Plätze. Die Kollegin Müllerschön hat es schon deutlich gesagt.

Hier gibt es also Handlungsbedarf. Wir brauchen zusätzliche Plätze. Das unterscheidet sich ein bisschen von der bisherigen Vorgehensweise. Wenn ein neuer

Zweig eingeführt wurde, mussten dann im Gegenzug irgendwo anders Plätze hergegeben werden. Das kann nicht der Fall sein. Darauf müssen wir achten. Wir müssen zusätzliche Plätze in diesem Bereich schaffen - und nicht zu Lasten von anderen Zweigen.

Zum anderen sehen wir in der sozialpädagogischen Ausbildung, so wie die SPD auch, ein echtes Zukunftsthema. Das haben wir gehört. Wir brauchen dringend diese Ausbildung. Auch gerade in dem Bereich frühkindliche Bildung und Erziehung hat sich inzwischen schon die Erkenntnis durchgesetzt, dass hier eine qualifizierte, wissenschaftlich fundierte Ausbildung angestrebt werden soll. Wir haben bisher noch nicht erfahren, dass die Ausbildung in dem Bereich angepasst wurde. Auch die Bezahlung wurde nicht angepasst. Die Arbeitswelt hat sich zwar ständig verändert und ist immer anspruchsvoller geworden in dem Bereich Bildung und Erziehung. Da müssen wir langfristig tatsächlich drangehen. Da ist die Einrichtung eines sozialpädagogischen Gymnasiums ein guter erster Schritt dahin.

Was uns etwas verwirrt hat, vielleicht kann man das gleich aufklären, ist der Begriff "Ausbildungskapazitäten". Das ist bei uns eigentlich mehr der Begriff für Ausbildungsplätze, würde also den bestehenden Erzieherinnen-/Erzieherberuf angehen. Da ist es sicherlich richtig, in Anbetracht des Fachkräftemangels, der schon besteht und sich auch noch erhöhen wird, dass man dort mehr Kapazitäten schafft. Allerdings sehen wir das nicht im Zusammenhang mit dem sozialpädagogischen Gymnasium, das dort keine Verankerung findet, sondern dann eher in der angesprochenen Fachschule für Sozialpädagogik, die Bertha-von-Suttner-Schule, die auch in der Verwaltungsantwort schon benannt worden ist. Aber vielleicht täusche ich mich auch, und es sind die schulischen Kapazitäten gemeint. Dann würde es auch wieder zum eigentlichen Antrag passen.

Jedenfalls freuen wir uns über die positive Antwort der Verwaltung und wünschen uns auch, dass zum baldmöglichsten Zeitpunkt solch ein Gymnasium eingerichtet werden kann, und erwarten dann die weitere Diskussion im Schulbeirat. Wir finden, nach wie vor ist genau dieser Verfahrensweg der richtige: hier der Antrag und dann Verweisung in den Schulbeirat. Von daher finden wir das alles ganz prima.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Jooß (FDP): Berufliche Gymnasien sind in ihrem Bildungsplan natürlich näher dran am praktischen Bedarf. Vor allem natürlich im sozialpädagogischen Bereich ist, wie die SPD-Fraktion richtig erkannt hat, ein wachsender Bedarf, sprich: Markt vorhanden. Dem sollte in Zukunft mehr Rechnung getragen werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag der SPD.

Unabhängig von diesem Antrag wollen wir Bildungsvielfalt, nämlich auch Gymnasien als Elitehäuser, sowohl im sportlichen als auch im musischen Bereich. Diese Vielfalt besteht schon in einer breiten Aufstellung, sowohl im ökonomischen Bereich als auch im ökologischen. Diese Themenfelder stehen bei nahezu jeder Gemeinderats-sitzung mehrfach auf der Tagesordnung. Im Gegensatz dazu nimmt Bildung leider einen wesentlich kleineren Raum ein. Ja, wir müssen oft Stillstand beklagen.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Die Karlsruher Liste unterstützt den Antrag der SPD. Wir sind nur über die Antwort der Verwaltung in einem Punkt etwas verwirrt. Es fehlt nämlich ein wesentlicher Begriff, der Sozialpädagogik und Sozialarbeit ausmacht. Das ist die Beratung. Sozialpädagogik, Sozialarbeit hat nicht nur zum Ziel, Erziehung, Bildung, Betreuung, sondern auch Beratung von Menschen. D. h, wenn ein sozialpädagogisches Gymnasium eingerichtet wird, ist klar, das läuft dann auf ein Studium hinaus, weil in diesem Gymnasium der Fächerkanon auch darin besteht, in Soziologie, Politik, Psychologie, Pädagogik Grundlagen zu bekommen, um die dann im Studium weiterführen zu können.

Wir denken auch, dass Karlsruhe gut zu Gesicht stehen würde, ein solches Gymnasium zu haben, auch wenn es hier keine Hochschule gibt, in der Sozialpädagogik studiert werden kann. Aber in nicht allzu weiter Umgebung gibt es die. Als Grundlage für viele Karlsruherinnen und Karlsruher, die sicher gerne diesen Berufszweig ergreifen wollen, ist es eine gute Grundlage, ein guter Start, mit so einem beruflichen Gymnasium Richtung Sozialpädagogik zu beginnen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann werden wir die Bedarfserhebung, die Abstimmung durchführen, auch mit den anderen Schulträgern in der Region, und dann im Schulbeirat wieder berichten. Dann wollen wir schauen, ob wir weiterkommen.

(Zurufe: Pause!)

- Ich unterbreche die Sitzung bis 18:20 Uhr

(Unterbrechung der Sitzung von 18:00 - 18:25 Uhr)

Beschluss: Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Schul- und Sportamt
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
9. Dezember 2010